

Ortsamt Burglesum

Protokoll über die 12. Sitzung

des Gremiums: Beirat Burglesum
am: 17.07.2012
Ort: Verwaltungssaal von Friedehorst, Rotdornallee 64, 28717 Bremen

Beginn: öffentlicher Teil 18.30 Uhr
nichtöffentlicher Teil 22.22 Uhr

Ende: öffentlicher Teil 22.20 Uhr
nichtöffentlicher Teil 22.36 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Beiratsmitglied	Reinhard Hennig
Beiratsmitglied	Iris Lauterbach-Wenig
Beiratsmitglied	Birgit Köhlitz
Beiratsmitglied	Heinrich Große-Lindemann
Beiratsmitglied	Axel Strausdat
Beiratsmitglied	Bettina Hornhues
Beiratsmitglied	Bodo Strecker
Beiratsmitglied	Martin Hornhues
Beiratsmitglied	Barbara Punkenburg
Beiratsmitglied	Ewald Friesen
Beiratsmitglied	Ulrike Schnaubelt
Beiratsmitglied	Dr. Hagen Schmidtman
Beiratsmitglied	Agnes Müller-Lang
Beiratsmitglied	Rainer Tegtmeier
Beiratsmitglied	Frank Rath

Es fehlten

Heike Fricke
Helga Lürßen
Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates

Gäste

Dörte Kleemiß-Benthien , Immobilien Bremen
Anne Lüking , Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Maximilian Donaubauer , Bauamt Bremen-Nord
Linda Velte , Bauamt Bremen-Nord
Herr Döscher , Bremischer Deichverband am rechten Weserufer
Herr Dr. Kirsch , Landesamt für Denkmalpflege
Herr Lohmann , Sportparksee Grambke
Herr Köhler , Sportparksee Grambke

Ortsamtsleiter	Florian Boehlke
Verwaltungsbeamtin (Protokoll)	Heike Bredenber

*

Ortsamtsleiter (OAL) Boehlke eröffnet die Sitzung um 18.40 Uhr und begrüßt die anwesenden Beiratsmitglieder, Behördenvertreter und Gäste.

Er bittet den Beirat dann um die Genehmigung zur Bestellung von Heike Bredenber zur Protokollführerin. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nach Hinweis von Herrn Boehlke, dass ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 3 den Beiratsmitgliedern als Tischvorlage ausliegt, wird die Tagesordnung ohne weitere Änderungswünsche wie folgt genehmigt und in folgender Reihenfolge abgewickelt:

Tagesordnung

TOP 1	Wünsche und Anregungen der Bürger/innen
TOP 2	Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirats
TOP 3	Geplante Wohnbebauung an der Billungstraße / Vorstellung der Grundzüge <i>Hierzu eingeladen: Bauamt Bremen-Nord, Immobilien Bremen</i>
TOP 4	Bericht über die Entwicklung der Grundschule St. Magnus / Schulerweiterung <i>Hierzu eingeladen: SBWG, Bauamt Bremen-Nord, Immobilien Bremen</i>
TOP 5	a) Vorstellung des geplanten Deichausbaues im Ortsamtsbereich im Zuge des Hochwasserschutzes b) Ergebnis des Prüfauftrages an das Landesamt für Denkmalpflege bzgl. einer Erweiterung des Denkmalschutzes im Bereich der „Moorlosen Kirche“ <i>Hierzu eingeladen: Bremischer Deichverband am rechten Weserufer, Landesamt für Denkmalpflege</i>
TOP 6	Wasserrechtliches Plangenehmigungsverfahren für die Anlage einer Hafenbucht auf dem Gelände des Sportparksees Grambke (TÖB-Beteiligung) <i>hierzu eingeladen: Vorhabenträger, SUBV</i>
TOP 7	„Wildwuchs auf dem Gelände des ehemaligen Sportplatzes des FC Burgs bekämpfen“ (Antrag der FDP-Fraktion)
TOP 8	Mitteilungen des Ortsamtes
TOP 9	Mitteilungen der Beiratssprecherin
TOP 10	Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten (bitte möglichst schriftlich)

TOP 1. Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

Am Beispiel von TOP 7 erläutert **OAL Boehlke** noch einmal die Regularien zur Antragsberatung. Wortbeiträge der Bürger hierzu seien nicht aufzugreifen.

Redebeiträge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten werden in der Reihenfolge „Beiratsmitglieder - Behördenvertreter und Referenten – Bürger“ aufgerufen.

Folgende Wünsche und Anregungen werden vorgetragen:

Bürger A drückt sein Befremden über das Abstimmungsverhalten im Beirat aus, da ein Austausch von Argumenten nicht nachzuvollziehen sei.

Bürger B bezieht sich auf eine bereits im Dezember 2011 gemachte Mitteilung, dass im Bereich „Lidl Burgdamm“ trotz Meldung ein wilder Müllbereich weiter bestehe. Angeblich gebe es kein Recht zur Grundstücksbetretung seitens der Behörden. Da der Bereich nicht eingezäunt sei, aber durch gelagerte Farbeimer glfs. „Gefahr im Verzug“ sei, bittet Bürger B zu prüfen, ob Lidl in die Pflicht genommen kann, eine Grundstücksbegrenzung durch Zaun oder Hecke zu errichten.

Des weiteren merkt Bürger B an, dass die Randstreifen im Pohl in schlechtem Zustand seien. Für den Bereich des ehemaligen Molkereiteiches gelte das Gleiche. Der Wildwuchs rage bis in die Fahrbahn hinein. Er bittet zu klären, in wer für die Ordnung dort zuständig sei.

Bürgerin C bedankt sich dafür, dass auf ihre Anregung hin das Grundstück Ecke Bördestraße / Vor dem Heisterbusch gesäubert worden sei.

Sie bittet jedoch zu überlegen, ob ein neu angelegter kleiner Grünplatz vor Im Heisterbusch evtl. von Bürgern zur Nutzung als Parkfläche gekauft werden könne, da sich dieses nutzungspositiv auswirken könne und der Wildwuchs eingedämmt würde.

TOP 2. Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirats

Es sind keine Vertreter anwesend.

TOP 3. Geplante Wohnbebauung an der Billungstraße / Vorstellung der Grundzüge

Hierzu eingeladen: Bauamt Bremen-Nord, Immobilien Bremen

OAL Boehlke stellt kurz die Entwicklung zur Idee der Bebauung vor:

Seit 2012 gehört die beplante Fläche im Bauamt Bremen-Nord (BBN) zur Priorität A des Arbeitsprogramms für Burglesum. Der Beirat Burglesum hat am 24. April 2012 und am 19. Juni 2012 der Planungsidee zugestimmt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellte damals einen Antrag gegen die Planung, der jedoch abgelehnt wurde.

Da parallel dazu mehrere Anträge besorgter Bürger eingingen, soll noch einmal der Ablauf des öffentlichen Verfahrens dargelegt werden.

Interfraktionell habe man sich ferner im Vorfeld darauf verständigt, einem Vertreter der Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“ vor der Diskussion die Möglichkeit zu geben, die Bedenken der Initiative kurz darzulegen.

Frau Velte erläutert anhand einer Präsentation das öffentliche Verfahren zum Bebauungsplan 1274 und die geplante städtebauliche Entwicklung an der Billungstraße.

Zustande gekommen sind die neuen Planungen (Nachnutzungen) vor vier Jahren, weil Stadtgrün abgezogen wurde und ein neuer Geltungsbereich aufgestellt wurde. Die Schutzgebiete „Knoops Park“, „Knoops Wald“ und weitere Flächen wurden dabei ausgespart; die Landschaftsschutzgebiete werden nach und nach aktualisiert.

Es sollen öffentliche Grünflächen entstehen, eine Bebauung ist nur in einem kleinen Bereich an der Billungstraße vorgesehen. Der erhöhte Grünzug soll erhalten bleiben, Stichwege zum Knoops Park führen.

Die bisherigen Planungen beinhalteten Vorgaben für Grundstückgrößen von ca. 1.000 qm / Haus. Die dadurch entstehenden Nachteile (hohe Kosten, abgeschlossene, private Grundstücke zu Knoops Park) erforderten eine neue Zielsetzung und Weiterentwicklung.

In Absprache mit Immobilien Bremen wurde ein städtebauliches Gutachten in Auftrag gegeben mit dem Ergebnis, dass, um auch andere Zielgruppen zu erreichen, evtl. Reihenhäuser, Stadtvillen oder Mehrgenerationen-Wohnungen entstehen könnten.

Insgesamt wird jetzt von einer Grundstücksgröße von ca. 250 qm pro Wohneinheit (evtl. auch Doppelhäuser) (≈ ca. 50 Wohneinheiten) ausgegangen.

Im Zuge des Bauleitverfahrens wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst am 23.05.2008, jetzt erfolgt die gemeinsame Ermittlung der Rahmendaten. Im weiteren Verlauf des Verfahrens nach BauGB erfolgt die frühzeitige Bürgerbeteiligung.

Frau Kleemiß-Benthien ergänzt, dass auf Grundlage der Rahmendaten eine Bewertung von GeoInformation Bremen eingeholt wird. Daraufhin erfolgen dann die Ausschreibung zum Höchstpreis und die Ausgestaltung.

Für die Bürgerinitiative „Grünes St. Magnus“ vertritt Herr B. die Auffassung, dass ursächlich zur geplanten Bebauung im Hintergrund ein Fehler der Steuergesetzgebung stehe dahingehend, dass Steuern am Wohnort gezahlt würden.

Er erläutert den chronologischen Ablauf der Bau-Entwicklung in St. Magnus und fordert eine Bau- und Denkpause für St. Magnus und dass die Kulturkreisentwicklung abgewartet werden solle. Vorstellbar sei z. B. auch ein Schulgarten, finanziert durch einen Förderverein. Das geplante Grundstück sei eine Kulturbrache und kein potentiell Baugebiet, zudem verschwinden immer mehr soziale Orte und grüne Marktplätze aus dem Stadtteil.

Seiner Einschätzung nach wird die Verdoppelung der Einwohnerzahlen in den Umlandgemeinden fortgesetzt werden, sodass in St. Magnus die Grüngebiete erhalten bleiben sollten.

OAL Boehlke dankt den Referenten und merkt bei aller Sachlichkeit an, dass die Entwicklung zweier Gegenparteien ein falscher Zug wäre.

Frau Hornhues merkt an, dass ihres Erachtens die Aussagen von Frau Velte, dass junge Familien angesprochen werden sollen und von Frau Kleemiß-Benthien, dass eine Höchstpreisausschreibung erfolgen soll, nicht koalieren.

Frau Kleemiß-Benthien erklärt, der Begriff „Höchstpreis“ sei Vokabular aus dem Ausschreibungsverfahren. Es sei lediglich damit gemeint, dass nicht unterhalb der Bewertung von GeoInformation ausgeschrieben werden dürfe.

Herr Rath möchte wissen:

- a. Wie groß ist die Gesamtfläche?
- b. Wie groß ist das Baugebiet?
- c. Wie groß ist das „Haus Kränholm“?
- d. Wie groß sind die Ausgleichsflächen?

Frau Velte antwortet:

- a + c. Die Größen hat sie zurzeit nicht parat
- b. ca. 17.500 qm. Das erste Konzept sieht 12 Wohneinheiten auf je 1000 qm vor, dazu kommt die Grünflächenerhaltung.
- d. Ausgleichsflächen werden entwickelt

Herr Donaubauer nimmt Stellung zu Frau Hornhues Anmerkung „Höchstpreis“ und „junge Familien“ und erklärt, dass eine höhere Dichte erzielt wird. Der Endpreis richte sich letztlich nach den Baustandards. Es gibt einen Rahmenplan mit Nutzungsziffern, ein Bebauungsmix (Reihenhäuser, Seniorenwohnungen..) wird diskutiert. Eine Teilfläche könne evtl. auch preislich gebunden an einen Investor verkauft werden. Es soll eine Einkommensschwelle angesprochen werden, die an der Grenze zur Förderfähigkeit ist.

Er erwartet heute evtl. ein Beiratsvotum zum Schwenk zu dichterem Bauen.

Immobilien Bremen möchte ebenfalls ein Votum abholen, ein Investor wird erst Eigentümer, wenn das Planungsrecht festgestellt ist.

Herr Dr. Schmidtman hat einige grundsätzliche Anmerkungen:

Er hat Bedenken, ob, egal wie viele Einheiten geplant sind, eine Bebauung überhaupt sinnvoll ist. Er möchte, dass das Gebiet frei bleibt und richtet folgende Fragen an das BBN:

- Gibt es überhaupt Bedarf?
- Sollte man nicht besser zurückkehren zum bedarfsgerechten Bauen?
- Ist es nicht problematisch, solche „Sahnstücke“ an Investoren zu veräußern?

Er appelliert, zwar Wohnraum für sozial Schwächere zu schaffen, dieses Gelände aber freizulassen, es lediglich evtl. als Gärten zu verpachten oder zu verkaufen, da der Verlust an öffentlichem Raum und sozialen Orten immer mehr werde.

Zum Investorengesteuerten Bauen merkt er an, dass, wenn überhaupt gebaut werden müsse, dies privaten Bauherren zu überlassen.

Herr Donaubauer antwortet zur Bedarfssituation, dass die Fläche grundsätzlich im Wohnungsbaukonzept aufgeführt sei. Es handele sich um eine von sechs Pilotflächen, deren Standort- und Lagegunst eine Vermarktung und Nachfrage hergibt.

Stadtgrün habe zudem ein großes Vermarktungsinteresse und einen Erlösdruck. Die wohnungsbaupolitische Zielsetzung wird vom BBN nicht infrage gestellt. Es gibt Bebauungspläne mit der Auflage, dass ein gewisser Prozentsatz der gekauften Fläche von Investoren an Private weiter veräußert werden muss.

In diesem Fall ist ein Nebeneinander von Investoren und privaten Bauherren geplant.

Frau Velte ergänzt, die Verfolgung der Planung „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ mit dem Ziel, im Stadtinnern Wohnbauflächen zu entwickeln, wird umgesetzt. Soziale Orte seien auch in Knoop's Park vorhanden.

Frau Schnaubelt bemängelt, dass der gezeigte Luftbildausschnitt ungünstig und zu klein sei, da die Fläche bis zur Bahntrasse wesentlich größer sei und der jetzige Vorschlag zu sehr dichter Bebauung (wie im Finkenschlag) führen könnte. Zudem sei die Grünfläche sehr sensibel und der vorhandene Baumbestand durch eine Bebauung gefährdet.

Frau Schnaubelt zweifelt den Bedarf neuer Wohnbauten an und verweist auf den Leerstand von Wohnraum in der Weizenfurt und im Finkenschlag hin. Sie möchte wissen, welche Geschossigkeit angestrebt wird und wie / wo die Ausgleichsflächen sein sollen – momentan wird die vorhandene Grünbrache als Ausgleichsfläche herangezogen.

Herr Hennig wendet sich direkt an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und erinnert an deren Zustimmung zur Aufstellung des Bebauungsplanes. Der Beirat habe sich genau mit den vorgestellten Plänen befasst und entschied zu überlegen, wie das Gebiet genutzt werden könne.

Er merkt an, dass der Beirat nicht meistbietend verkaufen möchte, sondern finanziell schwächer gestellten Bürgern das Bauen ermöglichen möchte. In dem Zusammenhang fragt er nach den Kosten pro qm und erklärt, dass erst nach dieser Klärung ein Beschluss des Beirats möglich sei.

Frau Kleemiß-Benthien erklärt, ein Kaufpreis sei zurzeit noch nicht bekannt, eine erste Einschätzung sei erst möglich, wenn GeoInformation eine Bewertung vorgenommen hat.

Frau Hornhues bemerkt, es solle nicht nur Wohnraum sondern Eigentum für Familien geschaffen werden. Sie sieht zurzeit noch die Chance, Akzente setzen zu können und den Einfluss des Beirats darauf legen zu können. Allerdings sollte die qm-Zahl besprochen werden, ihres Erachtens sind 250 qm zu wenig. Auch sollte eine energetische Bauweise gefordert werden.

Herr Hornhues fügt ergänzend hinzu, dass die Fläche gfls. weiter gefasst werden müsse.

Die CDU sei dafür, eine Wohnbebauung nicht vollkommen zu verwerfen. Soziale Flächen existierten bereits in der Nähe. Die jetzt geplante Fläche wurde bisher bereits gewerblich genutzt, nur ein kleiner Teil davon solle jetzt bebaut werden. Eine Verbindung von „Eigentum erwerben“ und „Natur erhalten“ sei hier möglich.

Er fragt, ob denn eine Investition in eine Gartenvergrößerung durch jetzige Anwohner zweckmäßig sei.

Herr Dr. Schmidtman antwortet, dass Gelände sollte bei der Stadt bleiben und kostengünstig an Bürger zur Verfügung gestellt werden. Es sei zudem zwar richtig, dass ein Beiratsbeschluss vorlag, der Beirat sei aber inzwischen neu zusammengesetzt und Beschlüsse könnten geändert werden. Herr Dr. Schmidtman fordert das BBN auf, ein Baulückenkataster und ein Leerstandskataster zur Bedarfsermittlung zu erstellen.

Herr Friesen merkt an, dass eine Vermarktung natürlich möglich sei, hier aber ohne Not eine Bebauung im „grünen Gürtel“ erfolgen solle.

Frau Schnaubelt weist auf die Konsequenzen hin, die sich aus 50 neuen Wohneinheiten ergeben könnten (Autos, Kinder) und fragt, wie der Ortsteil diese auffangen solle. Es sollten weniger Wohneinheiten angedacht werden.

Frau Hornhues bittet das BBN zu überprüfen, ob auch eine Erschließung über „Auf dem Hohen Ufer“ möglich sei.

Frau Velte antwortet, in dem Falle würde die „historische Achse“ mit historischen Wegeverbindungen in diesem Bereich, die bereits in den Denkmalschutz eingeflossen seien, zerstört werden.

Ein Baulückenkataster existiert zentral für Bremen, ein Leerstandskataster gibt es innerhalb der Untersuchung des GEWOS-Gutachtens. Die Aussagen seien allerdings mit Vorsicht zu genießen, es gelte zu ermitteln, welche Wohnungen leer stünden. Die meisten Leerstände befänden sich in großen Wohnblöcken, die in diesem Fall nicht gewollt sind. Es gelte, Eigentumsbildung zu fördern, auch der Kauf von Bestandsgebäuden sei nicht jedermanns Sache. Neubaumöglichkeiten sollten zur Verfügung gestellt werden.

Bürger D fragt als Mitinitiator der Bürgerinitiative, wer den Bedarf geplant und ermittelt habe. Seiner Meinung nach würden nur Personen aus Randgebieten am Kauf interessiert sein. Er möchte Zahlen sehen, die beweisen, dass junge Familien nach Bremen-Nord kommen und möchte Bremen-Nord nicht weiter zentralisiert sehen.

Bürger E verweist als Anwohner der Billungstraße auf „bauliche Fehler“ in Bremen und zweifelt das Gutachten an. Seiner Kenntnis nach würde die Einwohnerzahl in Bremen um 6 % zurückgehen, es stünden 2800 Wohnungen frei. Zudem sei St. Magnus inzwischen kein Stadtteil mehr nur für reiche Leute, 22 % der Bebauung sei Massenbebauung. Die Bevölkerung sei gemischt. Den Bürgern gehe es um den Erhalt der „grünen Lunge“ und er erwarte von dem Beirat, dass dieser die Belange der Bürger vertrete.

Bürgerin F bittet um Erläuterung der angedachten Parkplatzsituation, schon jetzt seien der Parkraum und die Parkmöglichkeiten stark eingeschränkt.

Frau Velte verweist darauf, dass die Fragen immer mehr in Richtung Entwurf und Details zielten, das Verfahren aber an dieser Stelle noch nicht soweit sei. Stellplätze müssten jedoch normalerweise auf dem eigenen Grundstück nachgewiesen werden, dies werde Bestandteil des Bebauungsplan-Entwurfs. Im Moment würden die Rahmenbedingungen entstehen, andere Behörden seien noch nicht involviert.

Bürgerin G beklagt den katastrophalen Zustand der Billungstraße und deren Nutzung als Parkplatz. Sie befürchtet eine zunehmende Gefährdung durch hohes Verkehrsaufkommen und fragt, ob barrierefreie Wohnungen nicht über der Bremer Heimstiftung möglich seien. Die EU stelle Gelder für freie Parcourplätze zur Verfügung.

Bürgerin H vom BUND erklärt, Vergabe und Planung könnten geändert werden. Die Bebauung könne reduziert und Ausgleichsflächen geschaffen werden. Momentan würden Ausgleichsflächen ausgewiesen, die sowieso schon vorhanden sind.

Bürger I befürchtet Fehler mit der Schaffung suboptimaler Bebauung und verweist auf die Tristesse versiegelter Flächen. Es gebe die Chance, das Gebiet beispielhaft für das Bundesgebiet auch anders zu nutzen und innovative Bebauung zu ermöglichen.

Bürger J begehrt zu wissen, wie das von Herrn Donaubaier benannte Interesse von mehreren Seiten bekundet hat.

Bürger K glaubt, dass der Charakter der Billungstraße außer Acht gelassen wurde. Er fragt nach dem barrierefreien Zugang (Fußweg) zum Altenheim wie der Herz-Mittelstreifen bei der Planung ausgespart werden solle und Stichstraßen ermöglicht werden sollen.

Frau Velte erwidert, bzgl. der Stichstraßen gebe es wahrscheinlich Verständnisschwierigkeiten. Der Bereich mit Baumwuchs und Fußweg solle durchaus bestehen bleiben.

OAL Boehlke verweist auf die späte Zeit und die im Verfahren vorgesehen frühzeitige Bürgerbeteiligung.

Bürger L fragt nach der Anbindung Richtung Raschenkampsweg.

Bürger M stellt noch einmal seine persönliche Haltung vor und erklärt, dass kulturpolitische Entwicklungen nicht in Erwägung gezogen worden seien.

Er erwartet konkrete Aussagen der Beiratsmitglieder und regt einen Ortstermin an. Außerdem wäre es an der Zeit für ein ergebnisoffenes Bürgerforum. Beteiligte Bürger wären nicht nur Bedenkenräger.

Bürger N merkt an, dass der Bebauungsplan bereits im Frühjahr auf der Immobilien-Messe Bremen angeboten wurde, man solle nicht so tun, als ob alles neu wäre.

Frau Kleemiß-Benthien erwidert, dass auf der Immobilien-Messe der Sparkasse ein Heft mit Vorankündigungen zukünftiger Projekte herausgegeben wurde, dieses sei kein Angebot.

OAL Boehlke schließt die Rednerliste und beendet die Debatte. Die Sitzung wird um 21.25 Uhr unterbrochen, der Beirat zieht sich zur Beratung zurück.

Um 21.35 Uhr endet die Sitzungspause. **OAL Boehlke** verliest den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Folgender Antrag wird von **Frau Hornhues** vorgetragen:

DER BEIRAT BURGLESUM FORDERT IMMOBILIEN BREMEN AUF, DAS GELÄNDE DES EHEMALIGEN BETRIEBSHOFES DES GARTENBAUAMTES UNTER FOLGENDEN GESICHTSPUNKTEN AUSZUSCHREIBEN:

- DIE ANZAHL DER EINHEITEN SOLL KLEINER 50 SEIN,
- DER GRUNDSTÜCKSPREIS PRO QM SOLL NICHT MEHR ALS 25 EURO BETRAGEN,
- DIE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN SOLLEN ZWISCHEN 300-350 QM SEIN,
- DIE GEBÄUDE SOLLEN NACH ENERGETISCHER BAUWEISE ERRICHTET WERDEN.

DER BEIRAT FORDERT DIE BESTANDSAUFNAHME DES VORHANDENEN BAUMBESTANDES AUF DEM ALTEN GÄRTNEREIGELÄNDE DER BAUMSCHULE DER GARTENBAUABTEILUNG DES BBN AN DER BILLUNGSTRASSE, DIE IN EINEM GRÜNORDNUNGSPLAN MÜNDET. DIE ERGEBNISSE SIND DEM BEIRAT ZEITNAH MITZUTEILEN.

FERNER SOLLEN DIE ANGRENZENDEN NATURFLÄCHEN IM EINKLANG MIT KNOOPS PARK ERHALTEN UND ENTWICKELT WERDEN.

Über diesen weitergehenden Antrag, in den der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weitestgehend eingeflossen ist, wird abgestimmt.

Mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag angenommen.

TOP 4. Bericht über die Entwicklung der Grundschule St. Magnus / Schulerweiterung

Hierzu eingeladen: SBWG, Bauamt Bremen-Nord, Immobilien Bremen

OAL Boehlke verweist auf einen einstimmigen Beschluss aus 2011, eine dreizügige Ganztagschule zu errichten.

Frau Lüking erklärt, die Schulgebäude wurden erneuert und modernisiert, mit Fertigstellung sei zu Beginn des Schuljahres zu rechnen.

Nach Prüfung durch die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (SBWG) fiel die Entscheidung, auf den Ankauf einer Schulerweiterungsfläche zu verzichten. Gründe dafür waren unter anderem das Ergebnis der linearen Fortschreibung der Schülerzahlentwicklung in den Planungsbezirken, die vom Statistischen Landesamt ausgewiesenen Geburtenzahlen und die prognostizierte Entwicklung für die Jahre 2012-2017. Für den Ausbau zur Ganztagschule könnten bei einer Schulfläche von 7800 qm Zusatzgebäude zwischen den vorhandenen errichtet werden, dazu stellte Frau Lüking verschiedene Varianten vor. Das bedeute eine Verfügbbarkeit von 18 qm pro Kind im Außenbereich.

Frau Hornhues zeigt sich erstaunt über den Umgang der Behörde mit Beiratsbeschlüssen. Die Entscheidung über die Freigabe des Grundstücks sei ohne Beteiligung des BBN oder des Beirats gefallen. Sie verweist auf die Entwicklung zur Ganztagschule, da die Zahlen der Sozialbehörde nur bedingt richtig seien, Abweichungen spiegelten sich schon dadurch wieder, dass bereits im Kindergarten abgewiesene Kinder nicht berücksichtigt würden. Eine Überbauung oder einen vorgesezten Neubau hält Frau Hornhues für nicht förderlich für die Kinder.

Frau Lüking erklärt, dass die Schülerzahlentwicklung eruiert wurde. Zudem seien die finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt. Sie erinnert, dass der Beirat mit einem Votum bei dem Bebauungsplan dabei war, SBWG habe jetzt aber entschieden, dass auf die Fläche verzichtet werden könne.

Frau Kleemiß-Benthien verweist auf das Recht des Eigentümers auf eine Entscheidung. Sollte das Grundstück Schulerweiterungsfläche bleiben, müsse die Stadt jetzt kaufen.

Herr Hennig empfindet das Verhalten von SBWG gegenüber Beiratsbeschlüssen als sehr hochnäsiger. Er kann den Erhebungen nicht Folge leisten und den Eigentümer verstehen. Herr Hennig möchte wissen, ob Immobilien Bremen ein Vorkaufsrecht habe und fordert in dem Fall einen Ankauf.

Frau Kleemiß-Benthien erklärt, dass das BBN entscheide, ob an dem Plan festgehalten würde. Der Eigentümer habe das Recht auf eine Entscheidung, die Stadt muss über einen Ankauf entscheiden. Verschiedene Stellen seien informiert, letztlich müsse sich ein Ressort verantwortlich zeigen.

Frau Schnaubelt erkennt auf den gezeigten Folien keine geprüften Zahlen für das Grundstück. Auch perspektivische Zahlen seien nicht erkennbar. Bei Ganztagschulen müsste mehr Fläche zur Verfügung stehen, um eine Förderung der Kinder zu erreichen. Sie fragt nach vorhandenen Richtlinien.

Frau Lüking erklärt, dass die für eine 3-zügige Ganztagschule vorgesehenen Standards gegeben sind. Richtlinien gebe es nicht, nur ein Schulstandortkonzept ohne Grünflächen. Dieses wird im Zuge der Inklusion gerade erneuert.

Frau Punkenburg, Herr Dr. Schmidtman und Herr Hornhues sprechen sich für den Kauf der Schulerweiterungsfläche aus.

Frau Hornhues möchte das Thema noch einmal im Arbeitskreis Bremen-Nord besprochen haben.

Es bestehen unterschiedliche Auffassungen über den erteilten Prüfungsauftrag an SBWG.

Für den Beirat stellt Frau Hornhues den Antrag, SBWG aufzufordern, das Grundstück zu kaufen und zur Schulflächenerweiterung zu nutzen. SBWG wird zudem aufgefordert, im Einvernehmen mit dem Burglesumer Beirat zu handeln.

Beschluss (einstimmig):

DIE STADTGEMEINDE BREMEN WIRD AUFGEFORDERT, DAS VORKAUFRECHT FÜR DIE SCHULERWEITERUNGS-FLÄCHE AUSZÜBEN.

DER BEIRAT BURGLESUM SIEHT DERZEIT EIN EINVERNEHMEN NICHT GEGEBEN UND VERWEIST VORSORGLICH DAHER AUF DIE HERSTELLUNG VON EINVERNEHMEN NACH § 11 I.V.M. § 9 DES ORTSGESETZES ÜBER BEIRÄTE UND ORTSÄMTER.

TOP 5. a) Vorstellung des geplanten Deichausbaues im Ortsamtsbereich im Zuge des Hochwasserschutzes

b) Ergebnis des Prüfauftrages an das Landesamt für Denkmalpflege bzgl. einer Erweiterung des Denkmalschutzes im Bereich der „Moorlosen Kirche“

Hierzu eingeladen: Bremischer Deichverband am rechten Weserufer, Landesamt für Denkmalpflege

Herr Döscher, Bremischer Deichverband am rechten Weserufer, stellt den Generalplan Küstenschutz vor.

Er erklärt die Gründe für die vorgesehenen Deicherhöhungen und erläutert die Zusammensetzung und den Aufbau der Deiche, die zeitlich vorgesehenen Abschnitte bei der Planumsetzung und das Verkehrskonzept zur Anlieferung der Erdmassen.

Vorgesehen ist eine Anlieferung mit LKW über das Gelände von Acelor Mittal.

Da eine Machbarkeitsstudie Mängel offenbarte, wurde der Bauentwurf geprüft und mündete in einem Planfeststellungsverfahren. Der Bau soll spätestens 2013 beginnen, um noch von EU-Förderungen profitieren zu können.

Er verdeutlicht, dass eine Materialanlieferung per Schiff nicht rentabel sei, es gebe keine Verlademöglichkeiten und man laufe Gefahr, bei Schlechtwetter einen Stillstand zu haben.

Der Deichausbau verursacht keine Veränderung der Landwirtschaft, es gibt keine Wegeveränderung. Als Ausgleichsfläche ist ein tideabhängiges Biotop geplant.

Herr Dr. Kirsch stellt noch einmal kurz die Gründe für und wider eine unter-Denkmalchutz-Stellung der Gebäude dar.

Demzufolge ist eine Unterschutzstellung der Gebäude als Ensemble nicht nötig, da sowohl die Schule als auch die Gaststätte bereits stark verändert wurden.

Trotzdem es keine Ensemble-Ausweisung gebe, seien die Gebäude aber auch ohne Denkmalschutz wichtig. Die Planungsänderung des Deichverbandes habe ergeben, dass die Schule stehen bleiben kann und verschiedene Nutzungen möglich sind.

Auf Nachfrage aus den Reihen der Bürger erklärt er, dass der Denkmalschutz für die Kirche schon seit vielen Jahren besteht, die genaue Jahreszahl kann im Internet abgerufen werden.

OAL Boehlke bittet, den Beirat zu informieren, wenn es Kaufinteressenten für die Gebäude gibt.

Herr Hennig fordert für den Beirat, die Gebäude schnellstmöglich zu verkaufen und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen.

DER BEIRAT NIMMT DIE BERICHTE ZUR KENNTNIS.

TOP 6. Wasserrechtliches Plangenehmigungsverfahren für die Anlage einer Hafembucht auf dem Gelände des Sportparksees Grambke (TÖB-Beteiligung)
hierzu eingeladen: Vorhabenträger, SUBV

Der Vertreter des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr lässt sich entschuldigen.
Die Beiratsmitglieder haben im Vorfeld die Antragsunterlagen des Sportparksee Grambke e.V. erhalten.

Herr Köhler stellt das entgegen der ursprünglichen Planung verkleinert Bauvorhaben „Hafembucht“ vor. Da ein kleines Stück Natur in der Tiefwasserzone verloren geht, soll der für den Wassersport nicht nutzbare Flachwasserbereich vergrößert werden. Mit der Umnutzung würden höhere Natur-Wertigkeitsstufen erreicht. Im Uferbereich gibt es keine Probleme mehr mit Algen, die Maßnahme „Aussetzung von Rotfedern“ habe gegriffen. Die Algen in 3 m Tiefe sollen geschnitten werden. Die WFB plane den See auszubaggern.

Beschluss (einstimmig):

DER ANTRAG WIRD ZUR KENNTNIS GENOMMEN, DER BEIRAT HAT KEINE BEDENKEN.

TOP 7. „Wildwuchs auf dem Gelände des ehemaligen Sportplatzes des FC Burgs bekämpfen“ (Antrag der FDP-Fraktion)

Frau Müller-Lang verliest den Antrag.

Beschluss (einstimmig):

DER EHEMALIGE SPORTPLATZ DES FC-BURG, AN SMIDTS PARK, IST SEIT GERAUMER ZEIT ALS BAUGELÄNDE AUSGEWIESEN. DAS GRUNDSTÜCK LIEGT IM BEREICH DES SEIT 24.11.2004 RECHTSVERBINDLICHEN BEBAUUNGSPLANES 1273. ES IST ALS ALLGEMEINES WOHNGEBIET MIT EINGESCHOSSIGER, OFFENER BEBAUUNG MIT EINFAMILIEN- UND DOPPELHÄUSERN AUSGEWIESEN. DA BEREITS UNGEORDNET WILDWUCHS AUF DEM GESAMTEN GELÄNDE ZU BEOBACHTEN IST, DER SICH VORAUSSICHTLICH IN ETLICHEN JAHREN ZUM WALD ENTWICKELN WIRD, SOLL DIE ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE AUFGEFORDERT WERDEN, DIESEN ZUSTAND EINZUDÄMMEN BZW. SELEKTIV DIE SICH SCHNELL ENTWICKELNDEN GEWÄCHSE ZU ENTFERNEN ODER ZU REDUZIEREN, DAMIT KEIN WALD, DER EINE AUSGLEICHSFLÄCHE ERFORDERN WÜRD, ENTSTEHEN KANN.

BEGRÜNDUNG:

DA SICH DIE HIER AUF DEM GELÄNDE AN SMIDTS PARK, BEREITS WUCHERNDEN GEWÄCHSE, IN DEN KOMMENDEN JAHREN DERART STARK ENTWICKELN WERDEN, SOLLTE VERMIEDEN WERDEN, EINEN WILDEN BAUMBESTAND ZU SCHAFFEN, DER GAR NICHT GEWOLLT IST; DENN ALS BAULAND LIEBE SICH DANN DAS GRUNDSTÜCK NICHT MEHR AUFGRUND DES BAUMBESTANDES VERMARKTEN. EINER DERARTIGEN ENTWICKLUNG SOLLTEN WIR SCHON AUS FINANZIELLEN GRÜNDEN RECHTZEITIG ENTGEGENWIRKEN.

TOP 8. Mitteilungen des Ortschafts

OAL Boehlke verweist auf die Verteilung der Handbücher für die Beiratsarbeit.

Im Regionalausschuss wurden die nach einer Umfrage geplanten angepassten Öffnungszeiten des BSC-Nord bekannt gegeben.

Geplant sind Öffnungszeiten von Montags 7.30 bis 18.00 Uhr, Dienstags 7.30 bis 12.00 Uhr, mittwochs 7.30 bis 12.00 Uhr, donnerstags 7.30 bis 18.00 Uhr (ab 15.00 Uhr für Terminkunden), Freitags 7.30 bis 12.00 Uhr und einmal monatlich samstags von 9.00 bis 13.00 Uhr.

TOP 9. Mitteilungen der Beiratssprecherin

Keine.

TOP 10. Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten (bitte möglichst schriftlich)

Herr Dr. Schmidtman bittet um besseren Informationsfluss über Diskussionsthemen des Arbeitskreises Nord und fragt nach den Mitgliedern.

Antwort: Ortsamtsleiter, Beiratssprecher, Fach- und Interessenvertreter. Eine detaillierte Liste wird zur Verfügung gestellt.

Frau Punkenburg bittet um Absprache zur Vertretung wenn Ortstermine des Petitionsausschusses anstehen. Beim letzten Mal nahm niemand vom Ortsamt oder Beirat teil.

Herr Friesen verweist auf zugewachsene Fußwege am Steindamm, Burgdammer Hafen und der Eisenbahnunterführung Wenke.

Frau Lauterbach-Wenig legt folgende schriftliche Mitteilung vor:

„Aufgrund des schlecht einsehbaren Standortes des Glascontainer-Stellplatzes an der Hindenburgstraße, Einfahrt der Zulieferung des Hol-ab-Getränkemarktes ist zu prüfen, ob ein anderer Standort mit besserem Einblick der Öffentlichkeit machbar ist oder diesen besser sichtbar zu machen.“

Begründung:

Dieser Stellplatz wird an manchen Tagen zunehmend für die Entsorgung von Rest- und Sperrmüll benutzt. Es sieht nicht nur schlimm aus, sondern stellt auch eine Gefahr dar.“

Frau Schnaubelt weist auf zwei tote Äste mittig einer Hainbuche am Blumenkamp zum Blindengarten hin und bittet zu prüfen, ob davon Gefahr ausgeht.

OAL Boehlke beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 22.20 Uhr.

Florian Boehlke
Vorsitzender

Bettina Hornhues
Sprecherin des Beirates

Heike Bredenberg
Protokoll